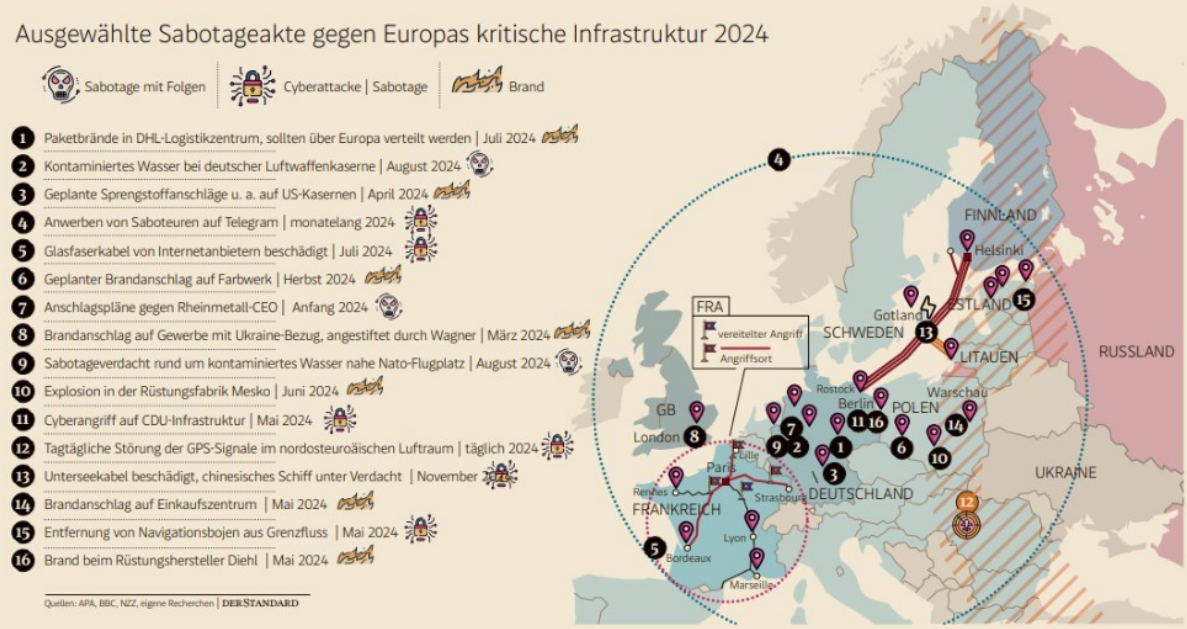
Moskaus Sabotagekrieg gegen Europa

Defekte Unterseekabel, brennende Pakete, lahmgelegte Bahnstrecken: In Europa häufen sich Vorfälle, hinter denen russische Sabotage vermutet wird. Nach dem Flugzeugabsturz in Vilnius steht nun ebenfalls der Verdacht im Raum, Moskau könne Drahtzieher sein. Auch Österreich ist immer wieder Ziel hybrider Angriffe – wenngleich weniger heftig.

Anna Giulia Fink, Fabian Sommavilla



Sofort waren sie wieder da, die Spekulationen, die Fragen, die Parolen, dass man nichts ausschließen könne. Anfang der Woche stürzte eine im Auftrag des deutschen Paketzustellers DHL operierende Boeing 737 aus Leipzig kommend einen Kilometer vor dem Rollfeld des Flughafens in der litauischen Hauptstadt Vilnius über einem Wohngebiet ab. Eine Person starb, drei wurden verletzt.

Offizielle waren bemüht, zu betonen, dass dies „höchstwahrscheinlich auf einen technischen Fehler oder ein menschliches Versagen zurückzuführen" sei, wie es Polizeichef Arūnas Paulauskas bekanntgab. Hinweise auf Sabotage oder gar einen Terroranschlag gebe es nicht, hieß es auch aus dem litauischen Verteidigungsministerium. Sowohl die Premierministerin als auch der Präsident Litauens sagten: Die Vermutung eines möglichen Sabotageakts dürfe nicht überbetont, aber auch nicht heruntergespielt werden. Trotzdem steht der Verdacht seither im Raum.

Auch von deutscher Seite wurde verlautbart, dass man „alle Möglichkeiten" überprüfe. „Das unterstreicht, in was für Zeiten wir leben", fügte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock an. Was sie meint: Im Westen haben sich Vorfälle, die Politik und Sicherheitsbehörden als Sabotage werten, gehäuft – nicht nur gegen militärische, sondern auch gegen zivile Ziele. Immer öfter führt die Spur dabei nach Russland.

Hybrider Krieg

Erst vergangene Woche war ein Defekt an einem Unterseekabel zwischen Finnland und Deutschland entdeckt worden, keine 48 Stunden davor an einem Internetkabel zwischen Schweden und Litauen. Auch hier besteht der „Verdacht auf absichtliche Beschädigung", wie die Außenministerien in Deutschland und Finnland in einer gemeinsamen Stellungnahme festhielten. In dieser werden außerdem Russlands Krieg in der Ukraine und „hybride Kriegsführung böswilliger Akteure" erwähnt.

Der Krieg, den der Kreml parallel zu jenem in der Ukraine gegen den Westen führt, ist vielschichtig: Er umfasst Geheimdienstarbeit wie Ausspähungen, aber auch Desinformation und Manipulation der Öffentlichkeit, Cyberattacken, Steuerung von Migration, Terrorunterstützung, Anschläge bis hin zum Mord.

Die Liste mutmaßlicher Sabotageakte in der EU ist lang und wird immer länger. Sie umfasst unter anderem: ein Großfeuer im größten Einkaufszentrum Polens, ein brennendes Lagerhaus in Großbritannien, eine Attacke auf das Auto des estnischen Innenministers, entgleiste Güterzüge in Schweden, die Lahmlegung des Bahnverkehrs vor den Olympischen Spielen in Frankreich, tagtägliche Störung von GPS-Signalen an der Ostflanke der EU, entfernte Bojen im Grenzfluss zu Estland.

Moskau setzt dabei nicht nur auf Agenten, sondern vermehrt auf Doppelstaatsbürger oder Freiwillige aus den Zielländern. Sie werden online angeworben: Ziele werden vorgeschlagen, Geld wird in Aussicht gestellt.

„Unkonventionelle Brandsätze"

Die Nato zeigt sich alarmiert, mehrere europäische und die US-Geheimdienste warnen öffentlich vor der wachsenden Gefahr. In den Fokus sind zuletzt vor allem jene Staaten geraten, die der politischen Führung im Moskau am vehementesten die Stirn bieten und der Ukraine militärisch zur Seite stehen.

Die Regierung in Berlin ist für Kiew nach jener in Washington der zweitwichtigste militärische Unterstützer. Im Juli wurde bekannt, dass russische Agenten geplant haben sollen, den Chef des wichtigsten deutschen Rüstungsunternehmens Rheinmetall zu ermorden. Auch ein Brand beim Rüstungshersteller Diehl in Berlin soll nach US-Erkenntnissen auf das Konto russischer Saboteure gehen.

Schon länger sprechen deutsche Sicherheitsbehörden von „unkonventionellen Brandsätzen": Unbekannte sollen an mehreren Standorten in Europa Pakete aufgegeben haben, die über DHL versendet wurden und anschließend in Brand geraten waren.

Nach Aussage des Verfassungsschutzes war es einem „glücklichen Zufall" zu verdanken, dass eines dieser Pakete im Juli in Leipzig noch am Boden in Brand geraten war – und nicht während des Fluges. Das Feuer griff auf andere Pakete und den ganzen Frachtcontainer über. Die Parallelen dieses Vorfalls zu dem Flugzeugabsturz in Litauen sind es auch, die nun die Theorie nähren, Russland könne in beiden Fällen Urheber sein.

In Österreich sei die Gefahr solcher Sabotageaktionen noch gering, sagte zuletzt ein Experte der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst dem STANDARD. Ähnlich sieht es der österreichische Geheimdienstexperte Thomas Riegler. Österreich ist nicht in der Nato und galt in der Vergangenheit tendenziell als durchaus Russland-affin, deshalb sei es kein prioritäres Zielland russischer Sabotage – bisher zumindest.

Aber: „Größere Sabotageakte gegen Windparks, Datenkabel oder Erdölplattformen könnten auch Auswirkungen auf Österreich haben, insbesondere wenn die Stabilität des Stromnetzes oder der Gaspreis beeinträchtigt werden", warnt Riegler.

Kein Allheilmittel in Sicht

Michael Zinkanell, Direktor des Austria-Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), erklärt, dass angreifende Akteure stets eine nüchterne Kosten-Nutzen-Kalkulation durchführen würden. Bei beschränkten Ressourcen an Personal, Geld und Material für Sabotageakte greife man nun einmal die relevanten und militärisch fähigen Akteure an.

Anders gesagt: „Österreich ist einfach irrelevant", so Zinkanell. Dennoch bezeichnet er Österreich ebenso als „Opfer von russischen Desinformationskampagnen, die der Kreml über sämtlichen westlichen Demokratien auswälzt". Und auch hierzulande gehören Cyberangriffe auf die Websites von Institutionen, Ministerien und Parteien laut Innenministerium spätestens seit dem Ukrainekrieg zum „täglichen Geschäft": Verstärkt passierten sie etwa bei den EU-Wahlen im Juni oder eben erst bei der Nationalratswahl.

Foto: Reuters / Lukas Balandis

Ermittlungen an der Absturzstelle in der Nähe des Flughafens von Vilnius.

Zinkanells Appell: In Österreich könnte man von anderen Sabotagefällen lernen, um mögliche Konsequenzen abzuschätzen und Schutzmaßnahmen auszubauen. Sowohl in der Abwehr als auch in der Formulierung einer möglichen Antwort sei man hierzulande „nicht ausreichend" gerüstet.

Es gebe keine Allheilmittel. Klar sei aber, dass es gesamtgesellschaftliche Antworten brauche, wie sie in nordosteuropäischen Staaten durch klare politische Kommunikation geschaffen wurden. Auch Thomas Riegler sagt: Je näher man geografisch an Russland liege, umso bewusster werde die Gefahr wahrgenommen. Es sei kein Zufall, dass sich das internationale Kompetenzzentrum für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen in Finnland befinde. Dass Polen seine Armee enorm stärke. Und dass Estland schon 2007 einen massiven russischen Cyberangriff überstand.

„Man war zu lange sorglos"

Österreich müsse die Wehrfähigkeit des Landes gegen „diese dunklen Künste" stärken, führt Riegler aus: „In diesem Prozess sind wir mittendrin." Der Schutz kritischer Infrastrukturen habe heute hohe Priorität, beim Bundesheer werde aufgerüstet, der Verfassungsschutz weise seit längerem aktiv auf diese Bedrohungen hin. Der Experte, der eben ein Buch über sowjetische Spionage in Wien verfasst hat, verweist auch auf die Festnahme eines mutmaßlichen russischen Spions 2022.

AIES-Direktor Zinkanell fasst die Lage so zusammen: Wenngleich die Urheberschaft Russlands nicht immer geklärt und schon gar nicht bewiesen ist, passten viele Vorfälle ins Bild vergangener Aktionen – eine russische Handschrift sei „absolut" erkennbar. Russland habe spätestens mit der Vollinvasion in der Ukraine 2022 „die Masken fallengelassen". Es gehe „längst nicht mehr nur darum, die Unterstützung für die Ukraine zu unterminieren, sondern die Demokratien Europas als solche zu schwächen". Und er rechnet mit einer weiteren Intensivierung derartiger Aktionen.

Jede Tat habe dabei einen [illegible] so sie das Ziel erreiche, die „Leh[illegible]kratie" zu treffen. Auf [illegible] reagiert der Kreml s[illegible] reagiert: Er weist [illegible] von Fantasiegeschi[illegible]